



B-7087/2025: Öffentliche Parteiverhandlung

Datum und Uhrzeit: 24. Juni 2026, 13:30 Uhr

Ort: Bundesverwaltungsgericht, Kreuzackerstrasse 12, 9000 St. Gallen

Verfahrensnummer: B-7087/2025

Parteien:

- CTF Holdings S.A. (Beschwerdeführerin)
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (Vorinstanz)

Gegenstand: Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (Aufhebung Vermögenssperre)

Zusammenfassung des Sachverhalts:

Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat der Bundesrat am 28. Februar 2022 beschlossen, die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland zu übernehmen. Diese Sanktionen können sich unter anderem gegen natürliche Personen richten und sehen insbesondere das Sperren von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen vor, welche von diesen Personen direkt oder indirekt kontrolliert werden.

Im vorliegenden Beschwerdeverfahren wurden verschiedene Konti der Beschwerdeführerin durch diverse Finanzinstitute gesperrt. Die Sperrung erfolgte aufgrund des Verdachts, dass die Vermögenswerte indirekt durch Personen, welche durch die Ukraine-Verordnung sanktioniert sind, kontrolliert werden. Die Beschwerdeführerin stellte in der Folge bei der Vorinstanz das Gesuch, diese Kontosperrungen aufzuheben, mit der Begründung, es liege keine indirekte Kontrolle vor. Die Vorinstanz wies das Gesuch ab, wogegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht erhoben wurde. Im Rahmen dieses Beschwerdeverfahrens beantragt die Beschwerdeführerin die Durchführung einer öffentlichen Parteiverhandlung.